



Damit niemand glaubhaft behaupten kann, er hätte von nichts gewusst.

An den

Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

z. Hd. der amtierenden Vorsitzenden Lisa Paus, MdB

Platz der Republik 1

10557 Berlin

Deutschland, 15. Juli 2026

Haushaltspolitik 2027: Wer zahlt – und wer fragt nicht warum?

Sehr geehrte Frau Paus, sehr geehrte Mitglieder des Haushaltsausschusses,

ich bitte darum, dieses Schreiben allen 42 Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis zu geben.

Ich wende mich an Sie, weil der Bundeshaushalt 2027 ein Bild zeichnet, das einer öffentlichen Benennung bedarf. Ich tue das als Bürger dieses Landes: ohne Parteiauftrag, ohne Lobbymandat, ohne institutionellen Rückhalt. Nur mit den Zahlen, die öffentlich vorliegen, und mit der Frage, warum ausgerechnet dort gespart wird, wo der eigene Bürger unmittelbar betroffen ist.

Was gleichzeitig passiert – und was das bedeutet

Deutschland ist nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft auch 2024 größter Nettozahler der Europäischen Union geblieben. Der Nettobeitrag lag bei 13,1 Milliarden Euro – Frankreich folgte mit 4,8 Milliarden Euro deutlich dahinter. Pro Kopf lag Deutschland mit rund 157 Euro ebenfalls an der Spitze. Für 2025 wird ein weiterer Rückgang erwartet – exakte Zahlen veröffentlicht die EU-Kommission seit 2020 aus politischen Gründen nicht mehr. Gerade vor neuen EU-Haushaltsbindungen ist das ein eigenes Transparenzproblem.

Deutschland ist größter militärischer Unterstützer der Ukraine in Europa – mit 55 Milliarden Euro militärischer Unterstützung seit 2022 und 11,55 Milliarden Euro allein 2026. Deutschland gehört zu den größten staatlichen Entwicklungshilfegebern der Welt. Und Deutschland trägt im Eurosystem eine TARGET2-Forderung von über einer Billion Euro – ohne erkennbare Besicherung, ohne verbindliche Begrenzung und ohne klaren Ausgleichsmechanismus.

Gleichzeitig beschließt dieselbe Bundesregierung folgende Sparmaßnahmen – beim eigenen Volk:

- Vier Milliarden Euro weniger für die gesetzliche Rentenversicherung.
- Zwei Milliarden Euro weniger für die gesetzliche Krankenversicherung.



- Eine Milliarde Euro weniger beim Wohngeld.
- Fünfhundert Millionen Euro weniger beim Elterngeld.
- Höhere Zuzahlungen bei Medikamenten – von bislang 5–10 Euro auf 7,50–15 Euro pro Packung.
- Streichung der Hautkrebs-Früherkennungsuntersuchung aus dem Pflichtleistungskatalog.
- Einschränkung der beitragsfreien Familienversicherung.

Ich bitte Sie, dieses Bild einen Moment auf sich wirken zu lassen. Denn es lässt sich nicht mit technischen Haushaltsbegriffen wegdiskutieren.

Das Prinzip dahinter

Wenn es um Rente, Gesundheit, Familie und Wohnen im eigenen Land geht, wird auf Haushaltsdisziplin, Einsparzwang und begrenzte Mittel verwiesen. Wenn es um geopolitische Ziele, militärische Verpflichtungen, internationale Finanzierungen und europäische Lasten geht, scheint der finanzielle Spielraum deutlich größer zu sein.

Die Schuldenbremse gilt nicht in gleicher Weise für alle politischen Prioritäten. Verteidigungsausgaben werden anders behandelt als der Kernhaushalt. Gleichzeitig werden soziale Ausgaben im Inland unter Spardruck gestellt. Das ist keine bloße Rechenfrage. Das ist eine Frage politischer Prioritätensetzung.

Hinzu kommt: Die Zinslast des Bundes steigt bis 2030 auf 82,1 Milliarden Euro – ein Plus von 144 Prozent gegenüber heute. Diese Last tragen nicht jene allein, die heute entscheiden. Sie wird auch künftige Haushalte belasten – und damit Menschen, die über die heutigen Entscheidungen nie abstimmen konnten.

Die Frage, die kaum gestellt wird

Über TARGET2 – die Forderung der Deutschen Bundesbank von über einer Billion Euro im Eurosystem – schweigt die politische Klasse dieses Landes weitgehend.

Ich habe das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Finanzen schriftlich gefragt, ob die Bundesregierung ihre Zustimmung zum EU-Haushalt 2028–2034 von einer verbindlichen Klärung dieser Forderungsposition abhängig machen wird. Die Antwort des Bundesministeriums der Finanzen war im Kern eine technische Systemerklärung – verbunden mit dem Hinweis, eine Verknüpfung beider Sachverhalte sei „nicht sachgerecht“.

Diese Antwort überzeugt mich nicht. Denn eine Forderungsposition von über einer Billion Euro kann nicht aus haushaltspolitischen Überlegungen ausgeblendet werden, wenn gleichzeitig über neue mehrjährige EU-Finanzbindungen, neue Eigenmittel, steigende Zinslasten und Einsparungen im Inland gesprochen wird.



Wenn der Staat Risiken eingeht, verschwinden diese Risiken nicht im luftleeren Raum. Nicht „Brüssel“ haftet. Namentlich bekannte Volksvertreter treffen Entscheidungen. Staaten übernehmen Risiken. Und staatliche Risiken zahlen am Ende Menschen – über Steuern, Abgaben, Inflation, geringere Leistungen oder künftige Haushaltslasten.

Genau deshalb ist TARGET2 keine technische Fußnote. TARGET2 ist eine offene Billionenfrage mitten im Fundament der europäischen Finanz- und Haushaltsordnung.

Die Prioritätenfrage

Wenn im Inland bei sozialen Leistungen gekürzt wird, während internationale Verpflichtungen, EU-Zahlungen, militärische Ausgaben und offene Eurosystem-Risiken nicht mit derselben Härte hinterfragt werden, entsteht ein massives Legitimationsproblem.

Es wirkt dann nicht mehr wie verantwortliche Haushaltspolitik. Es wirkt wie eine Prioritätenverschiebung: innen wird gespart, außen werden Verpflichtungen ausgeweitet.

Der Bürger soll Einschränkungen hinnehmen, während zugleich Milliarden- und Billionenrisiken in abstrakten Begriffen verschwinden: EU-Haushalt, europäische Solidarität, sicherheitspolitische Verantwortung, internationale Verpflichtung, Zentralbankmechanismus.

Doch hinter jedem dieser Begriffe steht eine konkrete Frage: Wer zahlt? Wer haftet? Wer entscheidet? Und wer erklärt dem Souverän die Risiken?

Was ich vom Haushaltsausschuss erwarte

Sie sind der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Sie beraten den Haushalt, bevor er beschlossen wird. Sie haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die haushaltspolitischen Grundfragen offen zu stellen. Ich bitte Sie daher, folgende Fragen öffentlich aufzugreifen und nachvollziehbar zu beantworten:

Erstens: Warum werden Einsparungen und Belastungen im Inland mit besonderer Härte begründet, während Ausgaben für Rüstung, Ukraine-Hilfe, EU-Finanzierung und internationale Verpflichtungen nicht mit derselben öffentlichen Strenge hinterfragt werden?

Zweitens: Warum wird die TARGET2-Forderung der Bundesbank von über einer Billion Euro in der haushaltspolitischen Debatte nicht als das behandelt, was sie ist: eine offene Risikoposition von historischer Größenordnung?

Drittens: Warum werden Nettozahler- und Nettoempfänger-Positionen der EU nicht mehr regelmäßig und nachvollziehbar durch die EU-Kommission veröffentlicht, obwohl gerade diese



Zahlen für die demokratische Bewertung neuer EU-Haushaltsbindungen unverzichtbar sind?

Viertens: Wird der Haushaltsausschuss darauf hinwirken, dass eine Zustimmung Deutschlands zum EU-Haushalt 2028–2034 von einer vorherigen, verbindlichen Klärung der TARGET2-Salden abhängig gemacht wird?

Fünftens: Welche haushaltspolitische Bewertung nimmt der Haushaltsausschuss zu der Frage vor, ob neue mehrjährige EU-Finanzbindungen verantwortlich sind, solange TARGET2 weder begrenzt, besichert noch mit einem verbindlichen Ausgleichsmechanismus versehen ist?

Diese Fragen sind nicht rhetorisch. Sie sind die Grundlage jeder verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Ich bin Autor, kein Ökonom. Aber ich kann lesen. Und ich kann rechnen. Was ich lese und was ich rechne, ergibt ein Bild, das in einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen nicht stillschweigend hingenommen werden darf.

Vor jeder neuen Finanzbindung muss geklärt werden, welche alten Risiken bereits bestehen.

Vor jeder Kürzung im Inland muss erklärt werden, warum andere Ausgaben und Verpflichtungen nicht mit derselben Härte hinterfragt werden.

Und vor jeder Zustimmung zu einem neuen EU-Haushalt muss öffentlich beantwortet werden, was mit der TARGET2-Forderung der Bundesbank von über einer Billion Euro geschieht.

Das ist keine Blockadepolitik. Das ist die Mindestanforderung an haushaltspolitische Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin-Lucas Schmidt

Autor politischer und gesellschaftskritischer Texte

blschmidtbooks.de · BLS.846 · b.lucas.s@web.de

Beigefügt: Schriftverkehr mit dem Bundesministerium der Finanzen (Juni/Juli 2026) sowie Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Bundesbank (Juli 2026)